

## Nordrhein-Westfalen



## Brief des Landesvorsitzenden der DVPB an das Ministerium für Schule und Weiterbildung

Bielefeld, den 05.05.2009

*Bezug:* Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr vom 29.10.2008

Sehr geehrte Frau Ministerin Sommer,

die DVPB-NW e.V. begrüßt, dass mit der o.g. Kooperationsvereinbarung der Thematik Friedens- und Sicherheitspolitik in der politischen Bildung an Schulen ein grundsätzlicher und bedeutender Stellenwert zugeschrieben wird.

Die DVPB-NW e.V. begrüßt auch die damit verbundene Intention, in den Schulen mehr Informationen über die Bundeswehr und über sicherheitspolitische Fragestellungen, die über die nationalen Grenzen hinausweisen, anzubieten.

Darüber hinaus begrüßt die DVPB-NW e.V. die getroffenen Vereinbarungen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung und die Kooperation mit Schulabteilungen der Bezirksregierungen und dem Ministerium, das entsprechende Bildungsangebote der Bundeswehr auch im Amtsblatt veröffentlichen möchte.

Die DVPB-NW e.V. hält dies jedoch im Hinblick auf die existenzielle und fundamentale Bedeutung der Frage nach Krieg und Frieden für nicht ausreichend.

Im Folgenden einige Erläuterungen dazu:

Nach dem Ende des Ost-West Konflikts haben Kriege und kriegsverhütende Maßnahmen, bei denen die Bundeswehr beteiligt war und ist, zugenommen. Dabei haben sich die Bedrohungsszenarien und Gefährdungspotentiale weltweit aber auch in Bezug auf die Sicherheit der Bürger der Bundesrepublik gewandelt. Zugleich haben die zentralen Fragen der Friedens- und Konfliktforschung neue Bedeutung erhalten, u.a.:

- Was sind die Ursachen von individueller und kollektiver Gewalt?
- Gibt es einen gerechten Krieg?
- Welche Wege der Kriegsverhütung und nachhaltige Friedenssicherung gibt es und welche sind im Sinne eines positiven Friedens wirksam?

Bei der Thematisierung solcher Fragen in der schulischen politischen Bildung, also insbesondere im Politikunterricht, sind unabdingbar auch die Möglichkeiten der Friedenssicherung und Konfliktverhütung mit zivilen und gewaltfreien Mitteln zu berücksichtigen. In den Krisenregionen der Welt leisten lokale und regionale Friedensinitiativen, soziale und zivile Aufbauhilfen und Aktionsbündnisse einen oft übersehenen, aber dennoch unschätzbaren Beitrag zur Friedenssicherung.

Angesichts der Vielzahl der nicht auf militärischem Wege lösbaren Konflikte auf der Welt ist ziviles und gewaltfreies Engagement oftmals der einzig erfolgreiche Weg, Frieden zu erhalten und zu sichern.

Diese wenigen kurzen Erläuterungen zeigen auf, dass nicht nur die Bundeswehr einen gewichtigen Stellenwert bei Information und Darstellung sicherheits- und friedenspolitischer Fragestellungen in Schule und Unterricht spielen sollte. Ebenso ist Vertretern von Friedensinitiativen und anderen zivilen Organisationen Gelegenheit zu geben, zu Fragen der der Kriegs- und Konfliktverhütung in Schule und Unterricht zu informieren und Stellung zu beziehen. Dies ist alleine schon wegen des Neutralitätsgebotes („Beutelsbacher Konsens“) geboten.

Neben der verfassungsmäßigen Stellung der Bundeswehr und ihrer Bündnisverpflichtungen kann und soll das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung nach Art. 4,3 GG und in diesem Zusammenhang der Zivildienst als Alternative zum Wehrdienst in Schule und Unterricht zur Sprache kommen. Auch dies ist für die politische Bildung alleine schon wegen des Neutralitätsgebotes unabdingbar.

Die DVPB-NW e.V. schlägt daher vor, mit einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung die Schulen ausdrücklich darauf hinzuweisen und zu empfehlen, dass Vertreter von Friedensorganisationen, Angehörige ziviler Aufbau- und Entwicklungsprojekte und anderer nichtmilitärischen Einrichtungen in die schulische politische Bildung einzubeziehen sind. Diesen Organisationen ist es auch zu ermöglichen, über die zuständigen Stellen des Ministerium Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu veröffentlichen und in diesen Bereichen tätig zu werden. Im Sinne des Neutralitätsgebotes bietet sich zwingend an, eine Kooperationsvereinbarung nicht nur mit der Bundeswehr, sondern auch mit zivilen friedenspolitischen Organisationen zu schließen.

In der Hoffnung, dass Sie diesen Vorschlag wohlwollend prüfen,

Mit freundlichen Grüßen für die DVPB NW e.V.

gez.  
Prof. Dr. Stephan Thomas  
Landesvorsitzender